



Nr. 306. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 4. Juli 1878.

Deutschland.

Berlin, 3. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem früheren Attache bei der Kaiserlich-Königlich-Österreichisch-Ungarischen Botschaft in Berlin, Johann Markgraf Pallavicini, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Superintendenten des Lunatic Asylum zu Boston, Dr. Walker, und dem Schiffscapitän Wilhelm Wade zu Wendorf bei Wismar den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Director Wade in Altenkirchen zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Justizsenat in Ehrenbreitstein; den Kreisgerichts-Director von in Berg zum Kreisgerichts-Director in Altenkirchen; den Kreisgerichts-Rath Rücking in Bochum zum Kreisgerichts-Director in Neustadt W.-Pr.; und den Kreisgerichts-Rath Wieland in Goldberg zum Kreisgerichts-Director in Samter ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Landgerichts-Präsidenten Schilb in Celle den Charakter als Geheimer Ober-Justizrat mit dem Range eines Raths zweiter Klasse; dem Ober-Postcommisarius Hufnagel in Posen bei seinem Scheiden aus dem Postdienste den Charakter als Rechnungs-Rath; dem Friedens-Gerichtsschreiber, Hauptmann a. D. Nowak in Düren und dem Registratur bei dem Königlichen Theater zu Hannover v. Allwörden bei seiner Vergebung in den Aufstand den Charakter als Kanzlei-Rath; den praktischen Aerzten z. Dr. Adolf Neisser in Liegnitz und Dr. Sigismund Meyer in Glogau den Charakter als Sanitäts-Rath; den Luchhabilitanten Eduard van Gölzen zu Aachen und Oscar Erkens zu Burtscheid den Charakter als Commerzien-Rath und den Krausleuten Wilh. Eichhorn und Friedrich v. Hirsch, Inhabern der Firma "W. Eichhorn" zu Wiesbaden, das Prädicat als Königliche Hoflieferanten verliehen.

Ihre Majestät die Königin hat der Witwe Bierlein, Emilie, geb. Koppe, und der Witwe Hüllmann, Anna Marie, geb. Bierlein, Inhaberin der Firma Wilhelm Bierlein zu Berlin, das Prädicat als Hoflieferantinnen Allerhöchsteselben verliehen.

Am Gymnasium in Lübeck ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Joseph Sannes zum Oberlehrer genehmigt worden. Der Progymnasiellehrer Dr. Silvius Dolega zu Kempen ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Wongrowitz berufen worden. An der Königlich-Real-Schule zu Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Schirmer zum Oberlehrer genehmigt worden. — Der Regierungs-Assessor Oskar Gerlach ist zum Mitglied der Königlichen Direction der Ostbahn in Bromberg ernannt. Vom 1. Juli c. ab sind verfehlt: der Regierungs-Assessor Braunswieg, bisher Vorsitzender der Königlichen Eisenbahn-Commission in Glogau, als Vorsitzender an die Königliche Eisenbahn-Commission in Neisse; der Regierungs-Assessor Kauth, bisher Vorsitzender der Königl. Eisenbahn-Commission in Schneidemühl; der Regierungs-Assessor Konrad Eckdorf, bisher bei der Königl. Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn in Berlin beschäftigt, nach Glogau, Befußt commissarischer Wahrnehmung der Gesellschaft des administrativen Mitglieds der Königlichen Eisenbahn-Commission dasselbst; der Regierungs-Assessor Paul Fleischmann, bisher bei der Königlichen Eisenbahn-Commission zu Breslau beschäftigt, als Hilfsarbeiter an die Königliche Eisenbahn-Commission in Halle a. S.; der Regierungs-Assessor von Rabenau, bisher Hilfsarbeiter bei der Königlichen Eisenbahn-Commission in Halle a. S., als Hilfsarbeiter an die Königliche Direction der Ostbahn in Bromberg. — Der bisherige Königliche Kreisbauamtmann Jacob Loenatz, früher zu Frankenstein in Schlesien, ist zum Königlichen Wasser-Bau-Inspector befördert, und demselben die bisher vom kommissarisch verwaltete Wasser-Bau-Inspectorielle bei der Elbstrombau-Verwaltung in Magdeburg verliehen worden. — Der Kreisrichter Kühne in Perleberg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Havelberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Landau, ernannt worden.

Berlin, 3. Juli. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing heute den Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und geleitete dieselbe zur St. Marienkirche dem Kaiser und König.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Carl, General-Feldmarschall und General-Inspecteur der 3. Armee-Inspection, ist zum Chef des Husaren-Regiments Nr. 3 ernannt worden. (R.-Ans.)

= Berlin, 3. Juli. [Vom Congres. — Bundesrath-Ausschüsse.] Der Congres hält heute keine Sitzung, da sich als notwendig herausgestellt hat, teils dem Sonder-Ausschuss, teils der Redactions-Commission freien Spielraum zu gönnen und eine Reihe wichtiger Punkte durch Vorbesprechungen zu erledigen. Die Beschlüsse in der rumänischen und serbischen Frage werden jetzt in der Redactions-Commission zusammengestellt. In Bezug auf die Donaufrage hat man prinzipiell die freie Schifffahrt ausgesprochen, man wünscht indessen in dem Friedensratrat den Ausdruck „Neutralität“ nicht aufzunehmen, man wird dafür noch eine andere Bezeichnung suchen und finden. Es sollen, wie wir bereits gemeldet haben, an der Donau keine bestätigten Punkte gehalten und die bestehenden Donaufestungen geschleift werden. Die internationale europäische Donau-Commission wird, und zwar in erweiterten Maße beibehalten; es ist dies die einzige Erhaltung der Abmachungen des Pariser Vertrages. Die bisherige Commission wird insofern eine veränderte Gestaltung annehmen, als die Türkei ja in Zukunft mit der Donau nichts mehr thun haben, und statt der Türken der Eintritt von Mitgliedern aus Rumänien bzw. Bulgarien erfolgen wird. Man hat neben der eigentlichen Donau-Commission auch noch eine Uferstaaten-Commission zu bilden in Aussicht genommen. Hinreichlich der Kriegskosten hat Russland erklärt, daß es für die gesetzten 40 Millionen Pfund keine Entschädigung durch Ländergebiete beantragen und auch den älteren Gläubigern der Porte eine Priorität einräumen werde. Einen Beschluß über diese Angelegenheit hat der Congres nicht gefasst, weil er sie überhaupt als einen internen Punkt bezeichnet hat, der zwischen dem nächstbeheimteten Russland und der Türkei zum Abschluß gebracht werden müsse. In Aussicht genommen ist, auch diese Frage durch eine in Konstantinopel einzuführende Commission im Detail regeln zu lassen. Es sei hierbei erwähnt, daß überhaupt in Konstantinopel eine General-Commission zur Kontrolle der Verwaltung Bulgariens und West-Rumäniens aus den Gesandten der Mächte gebildet werden soll, welcher vielleicht auch diese finanzielle Auseinandersetzung zufallen dürfte. Die Bildung der gedachten Commission wird dem Vernehmen nach die Absicht der deutschen Regierung durchkreuzen, ihre bisherige Botschaft in Konstantinopel in eine Gesandtschaft umzuwandeln, damit der Vertreter Deutschlands nicht hinter den Vertretern der übrigen Mächte in dieser Commission zurückbleiben müßt. In der morgenden Sitzung wird sehr wahrscheinlich auch die griechische Frage ihrer Erledigung entgegengesetzt werden. Die Griechen wünschen Ausdehnung ihres Gebiets bis zum Berge Olympus in der Nähe von Janina. In dieser Beziehung haben sie also ihre Ansprüche erhöht. England unterstützt die Ansprüche Griechenlands. — Die Türken haben sich noch immer

nicht über den Inhalt ihrer Instructionen hinsichtlich der Besetzung Bosniens geäußert. Der Congres wird wahrscheinlich morgen auf diese Frage nochmals zurückkommen und den Türken überlassen, sich event. in das Unvermeidliche zu fügen. — Die Bundesratsausschüsse für Zölle u. s. w., sowie für Handel und Verkehr haben sehr umfassende Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über den Spieltartenstempel bei dem Bundesrattheit beantragt, welche sich sowohl auf die Stempelung der Karten beziehen, als eine Instruction für die Erhebung, Verrechnung und Controlurung des Spieltartenstempels betreffen. — Dieselben Ausschüsse haben bei der Tabaksenquête die führenden Vorschläge im Großen und Ganzen genehmigt und hinsichtlich der Commission Folgendes beantragt. Die Commission soll bestehen aus: einem Vorsitzenden und einem Mitgliede des Reichstanzler-Amtes, fünf Landesbeamten, von welchen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden je einen vorzuschlagen haben und einem von den Hansestädten vorzuschlagenden Mitgliede; drei Sachverständigen aus den Kreisen des Tabakbaues, der Tabakfabrikation und des Tabakhandels, von welchen Bayern den Sachverständigen für den Tabakbau, Preußen den für Tabakfabrikation, Baden den für Tabakhandel vorzuschlagen hat.

■ Berlin, 3. Juli. [Bestinden des Kaisers. — Der neue Chef der Bietenschen Husaren. — Berliner Demissionen.] Es wird uns die Nachricht des „Rheinischen Kur.“ bestätigt, daß man im hiesigen Palais daran denkt, den Kaiser einen mehrwöchentlichen Kur-Aufenthalt in Wiesbaden nehmen zu lassen. Man erwartet von Wiesbaden dieselbe wohlthätige Wirkung, die man von Teplitz, das jetzt nicht mehr in Frage kommt, erhoffte. — Prinz Friedrich Carl, der gegenwärtig noch mit seiner jüngsten Tochter in England weilt, ist am 29. Juni, dem Geburtstage seines Vaters, zum Chef des dritten (Bietenschen) Husaren-Regiments ernannt worden, das bisher der verstorbene König von Hannover inne hatte. Da gerade über derartige Angelegenheiten die Meinung des Kaisers auch während seiner Vertretung durch den Kronprinzen jedenfalls eingeholt wird, so widerlegt sich die Mitteilung, daß der frante Monarch bis jetzt noch nichts von dem Tode des Königs Georg erfahren habe. In Bezug der Herausgabe des Welsensbands an den Prinzen Ernst August sind allen Ablegungen zum Trockenleiste Unterhandlungen zwischen London und Berlin im Gange und es ist kein Zweifel, daß auch die Regelung der braunschweigischen Erfolge dabei eine Rolle spielt. — Die Zeitungen haben eben gemeldet, daß der bisherigestellvertretende Polizeipräsident von Berlin, Wirtl. Geh. Ober-Regierungsrath von Herzberg, seine Entlassung einreichen werde. Jetzt verlautet auch, daß der zeitige Gouverneur von Berlin, General von Boyen, der erst vor wenigen Jahren den General von Stulpnagel ersetzte hat, seinen Abschied nehmen wolle.

[Das Wirtschaftsprogramm der Regierung.] Unter der Überschrift: „Die Regierung und die wirtschaftlichen Interessen des Volkes“ bringt die halbamtl. „Prov. Corresp.“ einen Artikel, dessen Schluss uns der Telegraph übermittelt hat, den wir aber für wichtig genug halten, um ihn hier vollständig wiederzugeben. Derselbe lautet:

Bei den bevorstehenden Wahlen steht für die Regierung und im öffentlichen Bewußtsein in erster Reihe aller Erwägungen unzweifelhaft der Schutz des Staatswesens und der bürgerlichen Gesellschaft gegen die unterwühlenden Bestrebungen einer staatsfeindlichen Partei und der von derselben ihre geleiteten Bevölkerung.

Das deutsche Volk hat den Ruf der Kaiserlichen Regierung in dieser Richtung ernst und entschieden aufgefaßt und scheint in den weitesten Kreisen entschlossen, denselben bei den Wahlen zu entsprechen. So sehen sich denn die Candidaten fast aller Parteien, auch solche, welche der Regierung noch vor Kurzem die Unterstützung zur Bekämpfung jener Gefahr ausdrücklich und entschieden verfagt haben, jetzt genötigt, den Wählern gegenüber eine gewisse Geneigtheit zur Mitwirkung an dem unerlässlichen Werke des Schutzes der Gesellschaft mehr oder minder bestimmt zu erläutern.

Je mehr aber Vieles unter ihnen besogen müssen, daß die Wähler im Hinblick auf ihre früheren Ausserungen und Abstimmungen auch an ihre jetzige Einsicht und Entschlossenheit in jener Richtung kaum recht glauben können, desto mehr sind sie bemüht, die Aufmerksamkeit und Sorge der Wähler von jener dringenden Aufgabe abzuhalten und auf angebliche Gefahren zu richten, welche dem Volk aus einer entzündeten Unterstüzung der Regierung bei den Wahlen entstehen könnten.

Sie sprechen von Reaction auf dem politischen Gebiete, während die Regierung auch nach dem zweiten erschütternden Attentat, wo ihr grade aus liberalen Kreisen Wünsche und Vorschläge auf Dictatur und Belagerungs-zustand nahe gebracht wurden, durch ihr ganzes Verhalten Zeugnis davon gegeben hat, daß sie vor Allem von dem Wunsche und Streben erfüllt war, im Einverständnis mit der Reichsabteilung wirksame Maßregeln ausgeschließlich gegen die Socialdemokraten zu ergreifen, um dagegen die Bürgerschaft der öffentlichen Freiheit auf dem Boden des Alten gemeinsamen Rechts aufrecht zu erhalten.

Man spricht jerner in liberalen Blättern und Ausrufen immer wieder von der Absicht der Regierung, eine ihr ergebene Reichstagsmehrheit zu benutzen, um eine Steuerreform durchzuführen, welche nur auf eine Mehrbelastung des Volkes und auf eine Beschränkung der Rechte der Volksvertretung in Finanzfragen hinziele.

Es ist schon neulich in Kürze angedeutet worden, daß die Reformpläne der Regierung auf dem wirtschaftlichen Gebiete ganz andere, gerade dem Interesse des Volkes vorzugsweise entsprechende Ziele verfolge.

Gegenüber der Beständigkeit, mit welcher die Gegner der Regierung diese Fragen in den Vordergrund der Wahlbewegung zu bringen suchen, erscheint es notwendig, nochmals und in näherer Ausführung zu betonen, daß Gründ vorliegt, die Nation vor einer von der Regierung angeblich geplanten Mehrbelastung zu warnen.

Von Seiten des Reichstanzlers sowohl wie des preußischen Finanzministers ist, so oft die Steuerreform berührt wurde, darauf hingewiesen, wie die stärkere Heranziehung der indirekten Steuerquellen den Zweck haben müsse, den Druck der hochgespannten und — in Verbindung mit den steigenden Zuschlägen der Communen — zu schwer lastenden directen Steuern zu erleichtern.

Die Staatsregierung betrachtet die Steuerreform nicht als ein Mittel, die auf den Schultern des Volks liegende Steuerlast zu vergrößern, sondern als ein Mittel, die Last so umzuverteilen, daß sie von den Schultern des Volks leichter getragen werden kann.

Über die Notwendigkeit, das Reich durch Vermehrung seiner eigenen Einnahmen selbstständig zu machen und Ersatz für die ungleich belastenden Matricularbeiträge zu schaffen, ist zwischen den Parteien, die überhaupt die Befestigung des Reichs wollen, und der Staatsregierung kaum ein Streit. Der Artikel 70 der Reichsverfassung betrachtet die Matricularbeiträge nur als letztes Ausgleichsmittel für den Fall, daß die Zölle und Verbrauchssteuern nicht ausreichen und so lange eigene Reichsteuern nicht eingeführt sind. Das dieses letzte Ausgleichsmittel aber den heutigen Umfang behalte, steht im Widerspruch mit der Selbstständigkeit des Reichs, im Widerspruch mit der Gerechtigkeit und im Widerspruch mit dem Interesse, welches alle Bundesstaaten daran haben, daß sie bei der Sorge für

ihren Haushalt nicht durch das Schwanken eines großen, von ihnen unabdingbaren Ausgabepostens gestört werden.

Wenn man aber das Reich in lebendiger Verbindung mit seinen Gliedern ins Auge faßt, so kann man die Steuerreform nicht auf den Zweck beschränken, die Matricularbeiträge ganz oder bis auf einiges Einfache Beihilfegesetz des Reichstages währendes Mindestum zu beseitigen, sondern man muß weitergeben und die Steuerverhältnisse und Bedürfnisse der Einzelstaaten mit in Betracht ziehen.

Bei der Theilung der Einnahmen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten sind dem ersten diejenigen Einnahmen zugewiesen, welche nicht nur an sich die größere Entwicklungsfähigkeit haben, sondern welche bisher in Deutschland verhältnismäßig am wenigsten benötigt werden. Befürchtet dekt Frankreich 75, England 87 v. C. seiner Ausgaben durch Verbrauchssteuern, während in Deutschland von dem Gesamtsteuerbetrag bisher nur 56 v. C. auf diesen Wege gewonnen werden.

Auf der anderen Seite sind die den Einzelstaaten verbliebenen Steuern in Deutschland mehr angespannt, als in irgend einem anderen großen Staat. Während von dem Gesamtsteuerbetrag in Frankreich nur 25, in England nur 13 Prozent durch direkte Steuern gedeckt werden, beläuft sich in Deutschland der Betrag derselben auf mehr als 44 Prozent. Diese Verhältniszahlen ergeben sich aus einem Vergleich der lediglich für den Staat erhobenen Abgaben; sie würden eine noch viel größere Differenz zeigen, wenn man zugleich die im Interesse der Communen zu tragenden Lasten mit in Rechnung ziehen wollte. Hieraus folgt, daß den Einzelstaaten nur durch das Reich geholfen werden kann, und daß es gerade die Verhältnisse der Einzelstaaten sind, welche mit gebieterischer Nothwendigkeit zur Steuerreform im Reiche drängen.

Wenn zur weiteren Begründung dieser Thatsache auf den größten deutschen Staat, auf Preußen verweisen wird, so ist zu bemerken, daß die Verhältnisse in anderen Bundesstaaten, wenn auch nicht dieselben, doch was das Bedürfnis der Abhilfe betrifft, überall ähnliche sind.

In Preußen sind die Erträge der dem Staat verbliebenen directen Steuern nach ihrer heutigen gesetzlichen Gestaltung einer Steigerung, teils überbaut nicht fähig (nämlich die Grundsteuer und Klassensteuer, die beide contingentirt sind), teils nur in verhältnismäßig geringem Maße fähig. Die Möglichkeit einer Steigerung der directen Steuern überbaut ist insbesondere dadurch ausgeschlossen, daß die Gemeinden, Kreise und Provinzen wesentlich darauf angewiesen sind, durch Zuschläge zu diesen Steuern ihre Bedürfnisse zu decken, und daß letztere durch die Anforderungen des modernen Culturlebens in ganz außerordentlicher Weise gestiegen sind. Weit entfernt also, hier an eine Steigerung zu denken, hat die Staatsregierung vielmehr die Absicht, die Steuerreform im Reich zu dem Zwecke durchzuführen, damit die Einzelstaaten die Mittel erhalten, ihrerseits den communalen Verbänden zu Hilfe zu kommen, sei es durch Verwendung für Aufgaben, deren Lösung die Kraft der einzelnen Gemeinden überzeugt, sei es durch Überweisung von Steuererträgen, sei es indirect durch Auf Erleichterung der Steuerpflichtigen gerichtete Reformen.

Speziell in Preußen ist die Überweisung eines Theils wo möglich der Hälfte der Staats-Grund- und Gebäudesteuer bereits der Gegenstand zahlreicher Petitionen gewesen und die Staatsregierung wird diese Wünsche in dem Maße in Erfüllung bringen, als ihr die Mittel durch die Steuerreform vom Reich zur Verfügung gestellt werden. Als ebenso dringlich betrachtet sie die Verbesserung der Gewerbesteuer zur Erleichterung der Handwerker und des kleinen und mittleren Handelsstandes, sowie die Reform der Klassen- und Einkommenssteuer, in dem Sinne, daß, da zu den höheren Verbrauchssteuern die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung vermöge einer Zahlverhältnismäßig mehr beitragen, diese Schichten dagegen eine Ausgleichung durch eine entsprechende Verminderung der directen Steuersätze erhalten. Dabei bleibt diesen Bevölkerungsschichten der Vortheil, der in der Form der indirekten Besteuerung derartig verhüllt liegt. Für die große Mehrheit des Volks, deren Einkommen in dem Erwerb und Verdienst des Tages oder in beidernden Monats- und Jahresläufen besteht, ist die Verhöhung des barten Steuerbeitrages am bestimmten Tage in Wirklichkeit schwerer und theateral, als die Abtragung der gleichen Summe in dem Kaufpreise von Gegenständen des nicht unentbehrlichen Genusses.

Aber es darf nicht übersehen und soll nicht verbüßt werden, daß das Ziel der Reform nicht erreicht würde, wenn die Erhöhung der Steuern des freiwilligen Verbrauchs lediglich und nur dazu dienen sollte, andere drückendere Steuern zu befreien. Sie sollen ferner dazu helfen, die natürliche und unvermeidliche Steigerung der Ausgaben im Haushalt des Reichs und der einzelnen Staaten zu decken, ohne Steigerung der weit drückenderen directen Steuern. In Preußen z. B. sind wichtige Culturnwerte mit einem größeren Aufwand als bisher zu fördern. Es gilt das Unterrichtsgesetz durchzuführen, welches bedeutende Ansprüche an den Staatshaushalt stellen wird. Für die Volksschulen und ihre Lehrer, für die höheren Unterrichtsanstalten, für die solidere Vorbildung unserer Handwerker und Gewerbetreibenden u. s. w. sind größere Ausgaben nötig. Wir müssen für die weitere Entwicklung unseres Verkehrs, für Kanäle, Häfenbauten, zur Förderung des Eisenbahnwesens, insbesondere für Local- und Culturnbahnen z. B. Mittel bereit haben. Die Stodung in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen muß uns ein Ansporn mehr sein, durch solche produutive Anlagen um so sicherer und rascher den Druck der Gegenwart zu überwinden. Welche Forderungen sind in dieser Hinsicht von der Volksvertretung nicht alljährlich gestellt! Der Staat ist zur Ausführung der Justizorganisation verpflichtet, die wesentliche Mehrausgaben zur Folge haben. Nicht nur Rücksicht der Bürgertum, sondern auch des Dienstlichen Interesses werden in Preußen dazu drängen, in ähnlicher Weise, wie es in Elsaß-Lothringen und in anderen deutlichen Ländern geschieht, für die Witwen und Waisen der Beamten Fürsorge zu treffen.

Die Erfüllung dieser Bedürfnisse ist teils schon gesetzlich geboten, teils entspricht sie dem unzweifelhaft fundgegebenen Willen des Volkes. Doch aber gewährt der Haushalt der Einzelstaaten nicht mehr die erforderlichen Mittel und kann sie selbst dann nicht gewähren, wenn die hoffnlich bald beständigeren wirtschaftlichen Zustände auch eine Vermehrung der Einnahmen aus einigen der bisherigen Quellen herbeiführen sollte, denn es sind erfahrungsmäßig die notwendigen Staatsausgaben bei solchem Aufschwung stets mindestens in gleichem Verhältnis gewachsen und eine fortgesetzte Abnahme der Staatslasten auf die Schultern der Gemeinde-Verbände widerspricht dem ganzen Sinn der erzielten Verbesserung. Wer daher nicht die Absicht hat, im Parteinteresse die Unwissenden im Volle zu hören, kann weder fordern noch erwarten, daß die Steuerreform lediglich und allein zur Befreiung anderer Lasten vollzogen werde. Die Steuerreform muß zugleich reichlichere Quellen für die Staatsausgaben schaffen; aber nur für notwendige, von der Mehrheit der Nation selbst gebilligte, ja geforderte Ausgaben.

Die Steuerreform sieht voraus, daß Regierung und Volksvertretung austarctig und wahr mit einander verfahren; daß man mit voller Offenheit im Einzelnen sich darüber verständigt, welche Erleichterungen für die Bundesstaaten durch die Mehreinnahmen im Reich erzielt werden sollen. Es kann durch die Steuergefälle selbst dafür gesorgt werden, daß die höheren Erträge der Reichsteuern den Einzelstaaten nach einem gewissen, den Verhältnissen und dringlichen Reformen entsprechenden Theile zu Gute kommen. In allen diesen Dingen ist die Verständigung leicht, wenn man den ernsten Willen hat, sich mit der Staatsregierung zu verständigen. Die Staatsregierung will weder auf dem politischen, noch auf dem Steuer- und Wirtschaftsgebiete die Reaction. Sie will auf allen diesen Gebieten die vernünftige Entwicklung. Gegen die Ausübungsfreiheit, die Erfüllung der

staaten fördernde, dem Volle die Steuerausbringung erleichternde Reform; den handelspolitischen Fragen gegenüber die Wahrung der nationalen Gesamtinteressen im Sinne der Entwicklung seit 1818 und seit der Gründung des Zollvereins, ohne Voreingenommenheit durch die Lehrläufe der volkswirtschaftlichen Parteien, die über der vermeintlichen Folgerichtigkeit ihrer Meinungen die praktischen Interessen der Nation übersehen.

Auf diesem Wege darf die Staatsregierung hoffen, daß die Nation ihr folgen und Männer zu ihren Vertretern wählen werde, die des Ernstes unserer Lage sich bewußt und von der Notwendigkeit eines festen und praktisch fruchtbringenden Zusammensehens von Regierung und Volksvertretung unter so schweren Verhältnissen des Vaterlandes durchdringen sind. Alle Wähler, denen das Gedanken und der Aufschwung des Volles und des Vaterlandes über das bloße Partei-Interesse geht, mögen daher mit aller Entschlossenheit und Überzeugung an ihrem Theile dazu helfen, eine Reichstagmehrheit zu sichern, welche nicht blos in der zunächst dringlichen Abwehr der Gefahren für Staat und Gesellschaft, sondern eben so sehr auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Reform der Kaiserlichen Regierung volles Vertrauen und den festen Willen zu freudigem Zusammenwirken entgegenbringt.

Die „N.-L. C.“ äußert sich über den vorstehenden Artikel wie folgt: Die „Provinzial-Correspondenz“ fährt fort, daß wirtschaftliche Programm der Regierung zu entscheiden. Aber die wünschenswerthe Klarheit über viele entscheidende Punkte dieses Programms vermögen wir auch aus dieser zweiten Auslassung des halbmäthlichen Blattes nicht zu schöpfen. Wir sind ganz der Meinung des ministeriellen Blattes, daß man mit voller Offenheit im Einzelnen sich darüber verständigt, welche Erleichterung für die Bundesstaaten durch die Mehreinnahmen im Reich erzielt werden soll. Allein wir fragen, was hat die Regierung bisher dazu gehan diese Verständigung herbeizuführen? Wir wissen nicht einmal auch nur annähernd, wie groß die Mehreinnahmen etwa sein sollen, welche die Regierung für Durchführung ihrer Steuerreform für notwendig hält. Wir haben von gigantischen Errüttungen reden hören, welche andere Staaten aus dem Tafel ziehen. Nie ist es offiziell zugestanden worden, daß die Regierung darauf verzichtet, annäherliche Summen bei uns aus diesem Artikel zu ziehen. Raum in den allerdrücklichsten Grundzügen ist es bekannt geworden, wie die Regierung das durch den Wegfall der Matrikularkosten bewirkte Plus im Staatsbudget zu einer Entlastung nach anderen Seiten zu benutzen gedenkt. Wir werden zu einem geraden blinden Vertrauen in das Wohlwollen und die Zweckmäßigkeit der Finanzpolitik der Regierung aufgefordert, wenn sie erst einmal in die Lage gesetzt sein wird, aus dem Volle zu wirtschaften. Die vage Versicherung, die Regierung wolle eine vollständige, das Reich wie die Einzestaaten fördernde, dem Volle die Steuerausbringung erleichternde Reform kann doch unmöglich genügen, wenn es sich um praktische Steuerfragen von der entschiedensten Wichtigkeit handelt. Einfach wenn wir aus dem Gebiete dieser allgemeinen Phrasen und nichtssagenden Versicherungen auf den Boden greifbarer Thatsachen und bestimmt gefasster Vorschläge gelangen, wird von einer Verständigung die Rede sein können. Es ist hundertmal betont worden, einen Steuerreformplan zu entwerfen, sei nur die Regierung im Stande; bis jetzt hat sie aber nichts entworfen als ein lustiges Project, das eine blühende Industrie mit dem Untergang bedroht. Ebenso bag und nichts sagend ist die Stellung der Regierung zu den handelspolitischen Fragen gekennzeichnet. Was soll es heißen: die Regierung erstrebe die Wahrung der nationalen Gesamtinteressen im Sinne der Entwicklung seit 1818 und seit der Gründung des Zollvereins ohne Voreingenommenheit durch die Lehrläufe der volkswirtschaftlichen Parteien? Eine Abweichung von der sei mehr als einem halben Jahrhundert befolgten preußisch-deutschen Handelspolitik hat doch wahrhaftig nicht die Mehrheit des aufgelösten Reichstages empfohlen, sondern es ist das Kampfgeschäft der wirtschaftlichen Aktion, die sich mehr oder minder laut des Einverständnisses der Regierung röhmt, und in der zarten Anspielung auf den volkswirtschaftlichen Doctrinariismus, der über vermeintlicher Folgerichtigkeit die praktischen Interessen übersieht, ist sicherlich keine Zurückweisung der schußzöllnerischen Bestrebungen zu erblicken. Auch hier wäre Klarheit und Bestimmtheit vor Allem nötig, wenn man zu einer Verständigung gelangen will, oder wenn wir überhaupt wissen sollen, wohin wir eigentlich in unserer Wirtschaftspolitik treiben.

[Die Ansprache eines Großindustriellen der Provinz an seine Arbeiter.] Einer der bedeutendsten Großindustriellen Preußens, der Bergwerks-, Fabrik- und Güterbesitzer Herr A. Riebeck in Halle, hat an seine zahlreichen Arbeiter eine beherzigenswerthe Ansprache erlassen, welche, mahnend, belehrend, ermunternd, warnend, ausgezeichnet in Form und Inhalt, und den reichen praktischen Erfahrungen aus dem mühevollen Leben eines Mannes entnommen, der „von der Pike an“ durch Arbeit und Sparsamkeit sich emporgesungen hat, es wohl verdient, in den weitesten Kreisen der Arbeiter und Arbeitgeber bekannt zu werden. Wir theilen sie nach der „Magd. Btg.“ mit: „Ansprache an die braven Arbeiter zu ihrer Belehrung. Die Erledigung der Frage, was gut und notwendig ist, damit nicht die Zwietracht, welche in neuerer Zeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, man möchte sagen, künstlich groß gezogen und gelogen ist, weiter um sich greife und damit sie in ihren Keimen erstickt werde, erfordert zunächst eine klare Kenntniß des Arbeitgebers, daß es ihm obliegt, mit wahrer Liebe und Besorgniß sich um das geistige und leibliche Wohl seiner Arbeiter zu kümmern. Es hat dafür zu sorgen, daß ein jeder Arbeiter für seine besseren Leistungen auch einen höheren Lohn erhält, daß ferner es einem jeden Arbeiter ermöglicht wird, vom Arbeiter zum Vorarbeiter, zum Aufseher, Meister und Werkmeister sich aufzuschwingen. Hat der Arbeiter diese Rangstufen durch Geschicklichkeit nicht nur erworben, sondern auch mit weiser Sparsamkeit benutzt, so steht ihm der Weg zum ersten Beamten, ja selbst zum Fabrikherrn und Besitzer offen. Das dies möglich ist und öfters vorkommt, bemerke viele namhafte Fälle. Solche Fälle werden allerdings im Allgemeinen nur als Glücksfälle bezeichnet, aber nur aus Unkenntnis der wirtlichen Sachlage. Es ist nichts weiter nötig, als unausgesetzte Anstrengung, jede Arbeit nicht nur gut, sondern so gut als möglich auszuführen und zwar mit dem festen Bestreben, sie immer noch besser zu machen. Dies gelingt, wenn man seine geistigen und körperlichen Kräfte mit aller Hingabe und Freidigkeit für die Arbeit einsetzt. Denn Lust und Liebe zur Arbeit macht sie leicht. So wird es möglich, in der kürzesten Zeit auch die beste Leistung und damit höheren Lohn und Verbesserung seiner Stellung und Lage zu erzielen. Wenn nun aber der Arbeiter höher steigen will, so muß er es sich zur strengsten Pflicht machen, von seinem Verdienst nur das auszugeben, was unumgänglich nötig ist, das übrige aber zu sparen. Denn nur das Ersparte bringt Freude und Lust, weiter zu arbeiten, weiter zu denken und weiter zu streben. Hier aber ist die Klippe, an welcher so viele, ich möchte sagen, die meisten unserer besten und bravsten Arbeiter scheitern. Ihr Wohlstand liegt nicht allein in ihrer Hand, die Frau muß ihn nach Kräften fördern. Hat der oben geschilderte Arbeiter das große Glück, eine fleißige und sparsame Frau zu besitzen, dann ist das Vorwärtskommen sichtbar. Der häusliche Friede und Segen liegt offen zu Tage und der Arbeiter ist pünktlich, treu und gewissenhaft. Die Fälle stehen nicht vereinzelt da, daß, während Fabrikherren verarmten, die Arbeiter, ich sage die besseren Arbeiter, von Stufe zu Stufe durch körperliche Kraft und Geschicklichkeit und durch geistige Fähigung zu einem Wohlstand gelangten, der die Vermögenslage ihrer ersten Arbeitgeber weit überflügelte. Dies war ihnen möglich geworden ohne alle weitere Unterstützung, als die vorher angeführten Bedingungen, nämlich durch unausgelesenen Fleiß, durch Schnelligkeit, das Beste zu erfassen, durch siete Sparsamkeit und durch ein fortwährendes Vorwärtsstreben, wobei nie vermieden, auf unnütze Dinge Geld, Zeit und Kräfte zu verschwenden.

Man wird keinen Staat erfinden, in welchem alle Menschen mit gleicher Lust, gleichem Geschick und gleicher Ausdauer ihre Arbeit verrichten, und endlich von dem Verdienten und Erworbenen nur so viel, als notwendig ist, ausgeben. Um kurz zu sein, es sind an den Mängeln unserer sozialen Verhältnisse weniger die staatlichen Einrichtungen schuld, als die falschen Lehren und Vorwiegungen, die um so leichter Glauben finden und in den Gemüthern der Arbeiter Wurzel fassen, weil jeder Mensch gern für seine Schwäche und seine Fehler sich selbst entschuldigt und von Andern Entschuldigungsgründe anführt. Kommt dem Arbeiter nun die Beschönigung selbst aus dem Munde eines Seelsorgers der sogenannten christlich-socialen Partei, so nimmt der Sinn auch der besten Arbeiter oft eine verkehrte Richtung. Wird nun vollends von Communisten ausgesprochen und geschrieben, daß Jeder, also auch der dumme und faule Arbeiter, die gleichen Ansprüche hat und erheben darf, dann müssen solche Zustände, wie die gegenwärtigen, eintreten.

Wenn nun in einem Staat Jeder nach seiner Fazit selig werden, wenn er nach seiner Fazit durch Dummkopf, Faulheit und Liderlichkeit verarmt und umgekehrt der fleißige, geschickte Mensch durch geistige Leistungen — auch ohne hohe Schule, ohne Erbschaft, ohne Besitzspiel, ohne Erbrente — also nur durch sich selbst und seinen unausgelesenen Fleiß zu Besitzthum, und auch zu großem Besitzthum, sich emporarbeiten kann, so

kann man die staatlichen Einrichtungen für die gegenwärtige Krisis nicht verantwortlich machen.

Und nun noch ein Wort: Haben es die Arbeiter jetzt schlechter als früher vor etwa 20, 30 und 40 Jahren? Nein, und dreimal Nein! Die Arbeiter launten früher das Alles nicht, was jetzt der großen Masse der Arbeiter als unabdingt nötig erscheint, nämlich Zigarren, zwei Frühlingsbier, täglich Besuch der Kneipe, möglichst zweimal an den Sonntagen. Der Arbeiter trank früher gutes Braubier, und die Frau führte gute Wirtschaft. Auch die Frauen waren solid und einfach, fanden ihre ganze Bestimmung in der Fürsorge für Mann und Kinder, trugen keine teuren Kleider und Chignons. Mann und Frau waren zufrieden, den Feierabend im Kreise ihrer Familie zuzubringen, ihr Gärchen und Feld zu bestellen und Sonntag einen Spaziergang zu machen, auch hin und wieder einen gemütlichen Tanz und Concert beizuwohnen; von Frühlingskonzert, Kneipen von 11 Uhr an oft die ganze Nacht hindurch war keine Rente. Dazu wissen ja die alten Arbeiter selbst.

Doch nun auch die Frage von der Rechtsseite. Früher sorgten auch die Arbeitgeber im Allgemeinen bessere für die Arbeiter. Letztere waren ständige bei ihrem Meister oder in den Fabriken, deren es damals allerdings weit weniger gab. Es mögen nun hierbei nach mehreren Richtungen hin verschiedene vorgekommen sein, denn es hätte gewiß des Haftpflichtgesetzes nicht bedurft, wenn sich nicht viele Fabrikherren so mander Härte und Nächtschlaflosigkeit gegen ihre Arbeiter schuldig gemacht hätten. Der Fabrikherr hat die Pflicht, für die Arbeiter und deren Familien zu sorgen, wenn Krankheiten oder Unglücksfälle eintreten, selbst dann, wenn der Arbeiter durch sein eigenes Verschulden verunglückt. Denkt die besten und bravsten Arbeiter werden oft zu dreist gegen die Gefahr und verunglücken dann am meisten. Der Fabrikherr soll ferner dem Arbeiter stets beistehen in Krankheiten und anderen Nothständen. Er soll Sparassen errichten, die so weit als möglich von den Arbeitern selbst verwaltet werden, und soll dazu den Gesamtbetrag zahlen, welcher sich aus der Summe der Beiträge aller Arbeiter ergibt. Er soll sich nicht zu hoch über seine Leute stellen, soll vielmehr der erste Arbeiter selbst sein und in Nothständen seine Arbeiter nicht verlassen. Er soll ferner stets bestrebt sein, Verbesserungen zu treffen, Erfindungen und zweckmäßige Einrichtungen zu schaffen, um das Beste auf dem billigsten Wege zu erzeugen. Thut der Fabrikherr hierin seine Schuldigkeit ganz und voll, dann hat er eben so viel, ja noch mehr Sorge und Mühe als seine Arbeiter und ist in Wirklichkeit auch der erste Arbeiter auf seinen Werken.

In der lebten Zeit, wo Dampf und Elektricität ein schnelleres, bewegteres Leben schufen und die Arbeit aus den häuslichen Werkstätten in große Fabrikationsstätten trug, haben sich durch falsche Vorstellungen, namentlich nach der Richtung hin, daß Jeder für sich selbst sorgen müsse, leider viele Unterlassungsfürden gezeigt. Sogenannte National-Deponenten und Kathedersocialisten, und neuerer Zeit auch die christlichen Socialisten, Männer, die meistens nicht die nötigen praktischen Vorlehrnisse über das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besitzen, fanden sich berufen, die Mittel zu lehren, durch welche Alles besser gemacht werden könnte und arbeiteten auf diese Weise den sozialen Communisten in die Hände. Wir leben jetzt in einer Zeit, wo ein Feuer auf seinem Platz fest, treu und fleißig arbeiten soll. Es soll nicht durch falsche Vorstellung. Andere zur Unzufriedenheit reizen, soll sich fern halten von leerem Ladel und von Verleumdungen gegen seine Mitmenschen, soll nichts Besseres wissen wollen, ohne etwas Besseres bieten zu können, als die alte bewährte Thatsache: Energie und Sparsamkeit schaffen Zufriedenheit mit sich und mit dem Vaterlande. Wenn die Herren Socialisten aller Farben etwas Besseres lehren und erreichen wollen, so mögen sie den Anfang damit machen, die Febles und Schwächer der Menschheit abzuschaffen, mögen Dunkel, Hochmut und Lieblosigkeit gegen Andere unterdrücken.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 2. Juli. [Die Schönburgische Gerichtsbarkeit.] Wie eine Ruine aus alter Zeit ragt in die Gegenwart die Sondergerichtsbarkeit in den Rechtsbeherrschungen des Gesamthauses Schönburg herüber. Glücklicher, als andere privilegierte Familien, welche ihre Vorrechte ohne Einschädigung aufgeben mußten, hat das Gesamthaus Schönburg diese Gerichtsbarkeit gerettet und wird dies ihr Privilegium, wie es den Anschein hat, für anderthalb Millionen Mark verwerthen. In der zweiten Kammer ist wenigstens ein bezüglicher Vertrag zwischen dem Staaate Sachsen und dem Gesamthause Schönburg mit 43 gegen 23 Stimmen genehmigt und die Hoffnung, diese Summe dem Staaate erhalten zu sehen, beruht nur noch auf der Erklärung der Schönburger, daß sie die unveränderte Annahme des Vertrags fordern, während die zweite Kammer eine Reihe von Bedingungen daran gefügt hat, welche die Stellung der Schönburger endlich einmal vollständig regeln sollen. Danach sollen die Schönburger außer auf die Gerichtsbarkeit auch noch auf die Befugnis, ein eigenes Consistorium und einen Superintendenten zu halten, öffentliche Medicinalpersonen anzustellen und an der Anstellung ic. von Bergbeamten Theil zu nehmen verzichten, auch eine Reihe von rechtmäßigen Concessions-Bestätigungs- und Bewilligungsbesagnissen, sowie jeden Anspruch auf einen Anteil an den vom Staaate erhobenen Bergwerksabgaben aufzugeben. Die völlige Befreiung der Mitglieder des Hauses Schönburg von allen Gemeindeabgaben soll ebenso gestiftet werden, wie die Berechtigung zur Errichtung besonderer Standesämter für die Bezirke der Schönburgischen Schlösser und die nach dem Vertrage vom Staaate zu übernehmende Verpflichtung, in Glaucha den Sitz einer Amtshauptmannschaft, eines Bezirks-Schulinspectors, eines Bezirksarztes und eines Bezirkschulärztes zu lassen. Bei der Unklarheit der Rechte ist zu besorgen, daß auch diese gesetzliche Regelung keine vollständige Klärung des Verhältnisses herbeiführt. Deshalb war die Deputationsminderheit der Ansicht, daß nur für Aufhebung aller Rechte des Hauses Schönburg die geforderte Summe zu zahlen sei. Für die anderthalb Millionen erhält übrigens der sächsische Staat die Gerichtsgebäude in den Schönburgischen Rechtsbeherrschungen.

D e s t r e i c h .

* * Wien, 2. Juli. [Annexion-Politik und öffentliche Meinung.] Jede parlamentarische Kontrolle ist die Regierung zwar los geworden für den Beginn ihrer Actionspolitik im Oriente, allein „post equitem sed sita atra cura.“ Die Mahnungen der öffentlichen Meinung verfolgen sie darum doch. Aus den gemäßigtesten Pester Blättern ergibt sich klar, einen wie wenig erquicklichen Eindruck der vage Passus über die auswärtige Politik in der Thronrede hervorgerufen hat. Am Vorabende unseres Einmarsches in die Türkei wird dem Reichstage zum Schlusse einer ganzen Legislaturperiode und der Nation als Directive für die allgemeinen Neuwahlen nichts weiter mit auf den Weg gegeben, wie die oft wiederholte allgemeine Erklärung: es sei die beste Hoffnung für die Erhaltung des Friedens und alle Sicherheit für die Wahrung der Interessen Österreich-Ungarns vorhanden. Die beste Hoffnung für die Erhaltung des Friedens: grossen die Pester Blätter — die Wiener haben sich allerdings längst mit dem Standpunkt des „beschränkten Unterthanerverständes“ abgefunden... aber doch immer nur eine Hoffnung, die auf dem allerdings fast als sicher anzunehmenden Fall sich begründet, daß die Pforte es dabei bewenden läßt, einen papiernen Protest pour l'honneur du drapeau einzubringen. Aber wenn sie auch offiziell ihre Bevollmächtigten angewiesen, dem Congresse zu sagen, daß sie, wenngleich nur „der brutale Gewalt weichend“, doch „die drohende Situation nicht verschärfen und einer Occupation auf hoffentlich nur sehr beschränkte Dauer keinen bewaffneten Widerstand entgegensezten“ wollen: wo liegt die Bürgschaft, daß sich nicht eine zweite Auflage der Rhodope-Insurrection in den Schlachten und auf den Plateaux der dinarischen Alpen wiederholt, wobei die Beyss die Rolle der Pomaken übernehmen und die Türkei hinter den Couloissen dasselbe Spiel treibt, wie nach Unterzeichnung des Friedens von San Stefano in Rumelien? Deutet sie doch schon in der Erklärung ihrer Bevollmächtigten klar genug an, daß sie ihre Hände in Unschuld wasche, wenn der Einmarsch der Österreicher den Fanatismus der Moslim entfesselt und die

von der Pforte angebahnten Reformen fortsetzen! Natürlich wird jetzt, wo Europa einig ist über die Theilung der Türkei, eine solche halbinsurrektionelle, halbsoziale Erhebung den Vormarsch unserer Truppen kaum nur aufhalten, geschweige denn verhindern. Immerhin steht es schon heute fest, daß die Überschreitung der Grenze deshalb auf sich warten läßt, weil unsere Regierung eine Mobilisierung grösserer Massen beabsichtigt, um jeden Versuch eines etwaigen Widerstandes gleich im Keime zu ersticken. Und in dem Augenblicke, wo also denn doch vielleicht neben dem Gute der Bevölkerung auch das Blut unserer Söhne in Anspruch genommen wird — klagt man in Ungarn — hören wir nichts, als die vieldeutige Versicherung von der „Wahrung unserer Interessen“, unter denen die verschiedenen Parteien das Entgegengezettelte verstehen! Sicher ist nur, daß unsere Delegation, als sie die 60 Mill. unser Reichstag, als er die Mittel zu ihrer Beschaffung bewilligte, einstimmig den Ausweg auss Entschiedene verhorrescirten, den heute die Regierung einschlägt, nachdem sie ihn zwei Jahre lang mit Enttäuschung abgewiesen und als „Nonsense“ gebrandmarkt!

F r a n k r e i c h .

○ Paris, 2. Juli. [Nachträgliches zum Nationalfest. — Die Aufritte in Marseille.] Selbst die antirepublikanischen Blätter haben den Glanz des vorgezogenen Festes anerkannt müssen. Das „Pays“ macht keine Schwierigkeit, anzuerkennen, man habe am Sonntag sehr viele Fahnen, Guirlanden und venetianische Laternen gesehen, fügt aber hinzu, bei den Festen des Kaiserreichs habe man ebensoviel gesehen und wenn das Kaiserreich zurückkehre, werde man ihrer noch mehr sehen. Auf der andern Seite geben die republikanischen Blätter den Geist der Eintracht hervor, der sich bei dieser Gelegenheit in der Bevölkerung fundgegeben.

„Die ganze Bevölkerung von Paris, sagt die „République“, durch hunderttausend von Fremden verstärkt, war auf der Straße. Man ging von einem Nachbar zum andern, von einem Quartier zum andern, um sich gegenseitig zu den Anstrengungen und Erfolgen zu beglückwünschen. Die ärmeren Quartiere hatten den ergreifendsten Charakter und man fühlte, daß die Handarbeiter die gewöhnlichen Materialien so umgethauen hatte, daß daneben die anderwärts bei dem Tapezierer gemachten Bestellungen erbleichten. Viele Bürger, die neben einander wohnten, ohne sich zu kennen oder die einander kaum gesehen hatten, fraternalen miteinander am Fuß der Leiter, indem sie Kränze stellten oder die Triumphbögen schmückten. Paris fühlte, daß es wieder von sich selbst Besitz nahm und die Franzosen sandten endlich die Freiheit, den von der ganzen Welt bewunderten Nationalgesang, den die Fremden seit zwei Monaten spielen, um unsere Gafffreundschaft anzuerkennen, unter freiem Himmel sich anzueignen.“

Fügen wir unserem Bericht über das Fest noch ein Paar Einzelheiten zu. Die Kasernen waren auch diesmal officiell nur sehr bescheiden geschmückt, aber an den Fenstern der Höfe bemerkte man viele Fahnen, durch welche die einzelnen Soldaten ihren Wunsch, an dem Feste teilzunehmen, kundgaben. Die Kirchen selber hatten sich von der allgemeinen Demonstration nicht ganz ausschließen können und auf den beiden Thürmen der Notre Dame z. B. wehten zwei ungeheure Drissämmen. Dies hindert nicht, daß in den Klosteren der Rue de Blanc-Manteau und des Stadtviertels Reuilly man seit 8 Tagen den Himmel um einen schönen Regen für den 30. Juni angelebt hatte. Vielfach wurde das Haus Thiers am Place St. Georges besucht. Alle Fensterläden desselben waren geschlossen, aber auf der Fassade waren mehrere Trophäen von Fahnen angebracht und auf dem Gitter hing ein großer Immortellenkranz mit der Aufschrift: „Dem Abwesenden.“ Am Abend machten die Sängergesellschaften des 9. Arrondissements unter der Führung des Mares Emil Ferry einen Besuch bei Frau Thiers und sangen vor dem Hause mehrere Stücke. Unter den fremden Fahnen, welche in vielen Häusern aushingen, bemerkte man besonders die spanischen, die sämlich einen Trauerschmuck trugen. — Der Skandal in Marseille war übertrieben geschildert worden. Es sind keine Verwundungen vorgekommen und die Polizei ist nicht mishandelt worden. Die Schuld trifft offenbar in gleichem Maße alle Beteiligten, die Clericalen und die Republikaner.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 4. Juli. [Geschäftsstatistik der Schlesischen Bezirks-Verwaltungsgerichte pro 1877.] Die Zahl der Sitzungen hat sich in den drei Bezirksverwaltungsgerichten belaufen in Breslau auf 24, Liegnitz 16 und Oppeln 25 und weisen die Correspondance-Journale an Geschäftszahlen nach 4481, 1566 und 4490. — Die Zahl der neu eingegangenen streitigen Verwaltungsfaßen betrug a. in der ersten Instanz 146, 138 und 243, b. in zweiter Instanz 314, 110 und 222. — Aus dem Vorjahr wurden an unerledigten streitigen Verwaltungsfaßen übernommen 83, 18 und 73. Es betrug mithin die Summe der zu erledigenden Strafsachen 543, 266 und 538. Davon sind erledigt 424, 219 und 418. Unerledigt geblieben sind 119, 47 und 120. Die Zahl der sonst eingegangenen Geschäftsfällen (Beschwerde ic.) belief sich auf 99, 105, u. 5, welche sämlich erledigt worden sind.

A. F. Breslau, 4. Juli. [Breslauer Dichterschule.] In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung wurde das von Mitglied Dr. jur. Berlouis entworfene Regulativ für den zu begründenden Unterstützungs-fonds des Vereins „Breslauer Dichterschule“ zur Beratung vorgelegt und nach längerer Diskussion mit einigen unwesentlichen Abänderungen in allen Punkten genehmigt. — Mit Unterstützungen sollen nach vorheriger Meldung beim Vorstand und dem erforderlichen Nachweis der Bedürftigkeit vorzugsweise Mitglieder, in ganz besonderen Fällen auch andere, auf literarischem Gebiet thätige Personen berücksichtigt werden. Die Bestimmungen treten mit 15. Juli in Kraft.

Herr Dr. Hugo Müller erachtet uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Die Umstände zwingen mich zu nachstehender Erklärung, da ich nicht wünsche, daß mein ehlicher Name mit der Katastrophen des Lobetheaters in Verbindung gebracht werde: Niemals habe ich zu der finanziellen Leitung des Instituts in der geringsten Beziehung gestanden, niemals bin ich über die disponiblen Mittel der Herren Pächter unterrichtet gewesen, niemals bin ich in irgend einer ökonomischen Frage zu Rathe gezozen worden, niemals ist mir ein Kassenrapport oder eine Schlussrechnung vorgelegt worden, mit einem Worte, mit allen wirtschaftlichen Fragen des Lobetheaters habe ich nie das Geringste zu thun gehabt. Meine Pflicht war lediglich, für gute Vorstellungen Sorge zu tragen und nach der allseitig liebenswürdigsten Beurteilung von Seiten der Presse bin ich dieser Pflicht ehrlich nachgekommen. Meine persönliche Überzeugung, sowie die jedes Grundes entbehrenden verläudischen Angriffe Einzelner haben mich veranlaßt, meinen Austritt aus dem Verbande des Lobetheaters zu erklären, was mir nach dem Vorfallen meine Ehre zur Pflicht gemacht hat. Dr. Hugo Müller.

H. Eine Bergungsfahrt nach Orlau resp. dem Kaiserwalde dafelbst ist mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm“ bei eintretendem günstigen Wasserstande in Aussicht genommen und werden bereits von dem Unternehmer die nötigen Arrangements getroffen, um dem misfahrenden Pub

O. Reichenbach i. Sch., 3. Juli. [Beschlagnahme.] — Verurteilung. — Verbrechen.] Der heute unter Verantwortung des sozialdemokratischen Agitators Aug. Kühn aus Langenbielau im Namen des "Arbeiter-Wahl-Comites" verbreitete Aufruf, "An die Wähler des Kreises Reichenbach-Neudeck", dessen Hauptinhalt eine Anprache des bisherigen Vertreters des genannten Kreises, Aug. Kapell ist, wurde heute Nachmittag von den hiesigen Polizeibeamten in allen Häusern mit Beschlag belegt. — In besonderer öffentlicher Verhandlung wurde heute 1) die unverhüllte Herzog aus Erndorf zu 2 Jahren Gefängnis; 2) der Knabe Fuchs aus Weißersdorf zu 1½ Jahren und 3) der Haussitzer Landes von hier zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Grund der Verurteilung war Majestätsbeleidigung. Eine gleiche Sache wurde vertragen. Gestern fanden Leute auf den Stadtfeldern den Leichnam eines circa vierzigjährigen Mannes, um dessen Hals das Ende einer Schnur in fester Schlinge lag, während das andere Ende an einem Stock, der in der Erde gesteckt zu haben schien, befestigt war. Da der Körper aber viele Wundmale trug, vermutete man statt Selbstmord ein Verbrechen, in Folge dessen seitens der Staatsanwaltschaft zu Schweidnitz die Section der Leiche und die Unterfuchung angeordnet ist.

* Aus der Grafschaft Orléans, 3. Juli. [Ein artistischer Brunnen.] In der Brauerei des Herrn Otto Frey in Ober-Langenau bei Habelschwerd durch den Bohringenieur Herrn C. Morys aus Landsberg i. Sch. bei 28 Meter Tiefe eine starke artistische Quelle erbohrt worden. Das Wasser steigt durch eigenen Druck 7 Meter über die Erdoberfläche und behält seinen Gustus und Höhestand unverändert fort, dasselbe ist ausgezeichnet schön klar, so wie wohlsmedend und nach vorgenommener Analyse als gutes Trinkwasser bezeichnet worden. Herr Morys gab bei Besichtigung des Terrains die bestimmte Erklärung ab, bei 30 Meter Tiefe eine ergiebige artistische Quelle zu finden. Diese Erklärung hat sich glänzend bestätigt, denn schon bei 28 Meter Tiefe wurde dieselbe erbohrt und das Bohrloch mit starken höhernen Röhren verrohrt. Herr Morys hat in hiesiger Gegend schon mehrfache Bohrungen auf Wasser mit guten Resultaten ausgeführt.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlich. Der "Anzeiger" meldet: Der hier wohnende, als Vorleser bekannte ehemalige königliche Hoffchauspieler C. Müller hat seinem Leben heute in Dybin bei Zittau ein Ende gemacht. Aus einer hierher gelangten Nachricht geht hervor, dass er auch seinen Künsten hat den Tod geben wollen, daß dieselben jedoch noch leben. Müller verlor vor etwa 2 Jahren seine Gattin und war Vater von 5 Kindern.

+ Bünzlau. Der "Niederschl. Courier" meldet: Am 29. v. Mts. Nachts gegen 11 Uhr gingen zwei Töpfer vom Quartal von hier nach Lillendorf zu Hause. Als sie an dem Ausgänge der kleinen Kirchstraße angelommen waren, wurde der eine von hinterkommenden jungen Leuten ohne Weiteres mehrmals über den Kopf geschlagen. Anstatt sich zu wehren, ergriff der Mißhandelte die Flucht. Die Excedenten folgten ihm. Als der andere Töpfer auf der Görlicherstraße bei der Mühlgräfin eintraf, kamen ihm die Verfolgten entgegen und zogen nun über diesen her. So viel wie derselbe wahrgenommen, wurde er mit Steinen geschlagen und als er sich wehrte, von einem der Strolche jedenfalls mit einem Messer in die linke Hand gestochen, so daß der Gemüthandte arbeitsunfähig ist. Wohl war es ein Glück für ihn, daß andere Leute dazu kamen, sonst hätten die Strolche jedenfalls die Mißhandlungen noch weiter fortgesetzt. Wie wir erfahren, ist die Angelegenheit zur strafrechtlichen Verfolgung gebracht und dürfen die rohen Burschen einer strengen Bestrafung entgegensehen.

Am 28. Juni wurde hier ein kaum 13jähriger Bürde verhaftet, welcher seit längerer Zeit in der raffinirtesten Weise Uhrendiebstahl betrieben. Bei dieser Gelegenheit soll sich herausgestellt haben, daß der jugendliche Verbrecher seine Abnehmer in Hermsdorf und Waldenburg zu wohnen hat, welche für Uhren und Ketten im vollen Werthe von 40—50 Mark 3—4 Mark bezahlen.

Beuthen O.S. Am 1. Juli, Abends, hatte, wie die "Grenzg." berichtet, sich unweit des Rechte-Oder-Ufer-Bahnhofes einige Leute angemeldet, in deren Mitte ein Bäuerlein stand, der trostlos lagte, er sei Bormittags mit dem Zuge aus der Gegenrichtung von Oels angelommen. Da er hier gänzlich fremd sei, habe er sich an einen Herrn mit der Bitte gewendet, ihm Auskunft über die Wohnung eines alten Bekannten zu geben, den er gern einmal nach langer Zeit besuchen wolle. Da kam er nun gleich an den rechten Mann. Bereitwillig nahm sich derselbe des armen Bäuerleins an, sagte ihm, er kenne den Gesuchten ganz genau und er wolle ihn schon zurechweisen. Aber erst muß ein wenig gegessen werden, denn der Weg ist sehr weit, so meint der Biedermann und fährt unsern Bauer nach einem Local, wo er denselben aufzumunterte, tatsächlich zuzulangen, er wolle alles bezahlen und ihm noch nachher alle Merkwürdigkeiten Beuthens zeigen. Ueber so viel Menschenliebe gerührt, ließ sich unser Bauer Alles vortrefflich munzen, war aber von den ungewohnten starken geistigen Genüssen sehr bald festgeschlagen. Als er nach längerer Zeit erwachte, sah er sich allein, selbst seine Geldbörse hatte ihn verlassen. Er taumelte auf die Straße, um seinen Begleiter zu suchen, bis er in der Nähe des Bahnhofes angelangt, nun allen Mut verlor und bitterlich weinte. Die Vorübergehenden fragten nach der Ursache seines Kummers und machten ihm klar, daß er in die Hände eines sogenannten Bauernängers gefallen sei. Mitleidig wurde von allen Seiten zusammengelegt, damit der arme Betogene wieder seine Heimreise antreten könnte.

Die Königsbüttel. Der "Grenzg." wird von hier gemeldet: Der ehemalige Meister B., verheirathet und Vater von sechs Kindern, ging vor einiger Zeit von hier nach Dresden, um dort ein Engagement anzunehmen, was ihm auch gelang. B. stahl nun einem fremden Manne einen Taschein und bekröthet, dort ein junges Mädchen, nachdem er den Geistlichen durch den geklauten Taufchein und das junge Mädchen durch falsche Vorwiegungen getäuscht hatte. Doch die Sache wurde türklich aufgelöst, die Frau wurde mit ihren Kindern nach Dresden zurück und B. mußte vor dem Untersuchungsrichter des dortigen Bezirksgerichts einräumen, daß er bereits verheirathet und Vater von 6 Kindern wäre. B. wurde sofort verhaftet und sieht seiner Strafe entgegen.

Sprechsaal.

Zur Wahlagitation für den 30. Juli cr. schlage ich vor, daß die bissigen Wahlmänner der national-liberalen und Fortschrittspartei zum Abgeordnetenhaus hiesiger Stadt als Vertrauensmänner in ihren Bezielen zur Reichstagswahl ernannt werden, wodurch dann obige beide liberalen Parteien vollständig organisiert sind und die Agitation sehr erleichtert wird.

B. R.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 3. Juli. [Börse.] Die Börse bot heute eine so angenehm belebte und animierte Physiognomie, wie wir sie seit langer, langer Zeit nicht mehr zu beobachten Gelegenheit fanden. Auf allen Gebieten entfaltete der Verkehr große Regelmätheit und zahlreiche Courserhöhung sind zu verzeichnen. Anfanglich schien es, als würden die gefügigen Course zu Realisationen hinzustehen, und als wenn in Folge dessen ein Druck auf die Gesammtsummung sich einstellen würde, doch bald änderte sich die Haltung und nahm einen unzweifelhaft festen Charakter an. Man setzte voraus, daß die heutige "Prov.-Corresp." sich über die Fortschritte der Congres-Verhandlungen sehr günstig aussprechen würde. Ebenso wirkte die Reutetsche Deutschen Bevölkerung die Börse unter gewissen, fast selbstverständlichen Bedingungen die Occupation Bosniens und der Herzegowina zulassen, nennen sich Österreichische Creditinstitut, wiederum durch ein sehr lebhafes Handeln und Franzosen verbreiteten Coursesteigerung vor ca. 10 Mark aus. Kom-Courserhöungen begannen. Die österreichischen Nebenbahnen begegneten lebhafter Nachfrage. Ein ungemein reges Geschäft entwickelte sich in Österreichischer Nordwestbahn, deren Course auch eine bedeutende Erhöhung erfuhr. Zu den bevorzugteren zählen ferner Rudolfsbahn und Elisabethbahn, während sich Galizier nicht so sehr behaupteten. Auch die localen Speculationen trugen eine sehr feste Tendenz, betheiligt sich indeß verhältnismäßig weniger am Verkehr. Es notierten Disconto-Commandit, ult. 138—9—7—8%, Laurahütte ult. 80,60—80,50—80,90. Auswärtige Staatsanleihen jogten in den Notirungen an und gingen auch ziemlich leicht um. Russische Werthe fest. Neue Russen und Prämienanleihe vorzugsweise befehlt. 5proc. Anleihe per ult. 85—84—85%. Russische Noten per ult. 212—212—211%. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbeliebt, Eisenbahn-Prioritäten fest, aber verhältnismäßig ruhig. Auf dem Eisenbahngeschäft herrschte große Kauflust und gingen die meisten Notirungen mit Abwerten aus dem Verkehr herbor. Köln-Mindener, Rheinische, Bergische, Antwerpener, Borsdamer und Stettiner stiegen, Halberstädter gedrückt. Leichte Bahnen meist höher, nur Rumänen schwach. Schweizer Bahnen sehr beliebt. Von Stamm-Prior. Action Halberstädter, Halle-Sorauer u. Hannover-Altenbekener in gutem Verkehr. Banknoten sehr fest und bedeutend gestiegen. Breslauer

Wechslerbank besser. Deutsche Bank zog bei regem Geschäft an. Centralbank für Bauten höher. Generale Creditbank steigend. Leipziger Credit erhöhte um mehrere Procent die Notirung. Meddeburgsche Hypotheken und Meddeburgsche Boden, Braunschweigische Bank und Braunschweigische Hypothekenbank, Geraer Bank und Hannoverische Bank zu höheren Coursen lebhaft. In Schlesischen Bankvereins-Aktionen war auch heute lebhafte Geschäft, größere Posten wurden aus dem Markt genommen. In Industriepapieren standen sehr lebhafte Umsätze statt. Große Pferdebahn sehr lebhaft und anziehend, Continental-Pferdebahn höher, Glazig Zuckersfabrik niedriger, Biehof erhöhte ebenfalls die Notiz, Oberschlesische Eisenbahnbefordrung steigend, Laubhammer besser, Montantwerthe in guter Frage, Köln-Müsen höher, Hibernia, Victoriahütte, Donnersmarck, Louise Liebau und Köln. Bergwerke befreit.

Um 2½ Uhr: Abgeschwächt. Credit 458, Lombarden 135,50, Franzosen 457,50, Reichsbank 154,90, Disconto-Commandit 137,50, Laurahütte 80,12, Türken 16,25, Italiener 76,40, Dexterr. Goldrente 65,40, do. Silberrente 58,25, do. Papierrente 56,50, 5 proc. Russen 85,10, neue 85,20, Köln-Mindener 107,75, Rheinische 110,85, Bergische 76,90, Rumänen 32,25, Russ. Noten 112,75.

Coupons. (Course nur für Posten.) Amerik. Bonds - Ep. 4,16,75 bez. do. Papier-Ep. 4,12 bez. Dexterr. Silberrent. Ep. 175,65 bez. do. Eisenb. Comp. 175,50 bez. do. Papierrente-Coup. 174,35 bez. do. Kupf. Coup. 210,75 bez. Russ. Eng. Anl.-Coup. 20,52 bez. Französische Coup. 80,90 bis 80,80 bez. Diverse engl. 20,18 bez. Rumänische Coupons —.

[Der Weltpostvertrag.] Der auf dem Congress zu Paris abgeschlossene Weltpostvertrag ist mit den Beilagen vom 1./4. Juni c. jetzt im "Neidhs-Anzeiger" veröffentlicht. Wir recapituliren hier die hauptsächlichen Bestimmungen, soweit sie das Publithum interessiren: Es beträgt nun das Porto im gesammten Vereinsgebiet, einschließlich der Befestigung derselben in denjenigen Vereinsländern, in welchen ein Befestigungsdienst bereit steht oder später eingerichtet wird: 1) bei Briefen 25 Centimes im Frankirungsfalle, andererfalls das Doppelte, für jeden Brief und für je 15 Gramm oder einen Theil von 15 Gramm; 2) bei Postkarten 10 Centimes für jede Karte; 3) bei Drucksachen jeder Art, Geschäftspapieren und Waarenproben 5 Centimes für jeden mit einer besonderen Aufschrift versehenen Gegenstand oder jedes derartige und für je 50 Gramm oder einen Theil von 50 Gramm, vorausgesetzt, daß dieser Gegenstand oder dieses Paket weder einem Brief, noch einen geschriebenen Vermerk enthält, welcher die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Correspondenz hat, und daß die Sendung derart beschaffen ist, daß der Inhalt leicht geprüft werden kann. Die Taxe der Geschäftspapiere darf nicht weniger als 25 Cent. für jede Sendung, und die Taxe der Waarenproben nicht weniger als 10 Cent. für jede Sendung beragen. — Außer den vorstehenden Taxen und Minimalsätzen können zur Erhebung kommen: 1) für jeden Gegenstand, welcher den See-Transitgebühren von 15 Franken für jedes Kilogramm Briefe oder Postkarten und 1 Franken für jedes Kilogramm anderer Gegenstände unterliegt, ein Aufschlagsporto, welches bei Briefen 25 Cent. im einfachen Sache, bei Postkarten 5 Cent. für jede Karte und bei anderen Gegenständen 5 Cent. für je 50 Gramm oder einen Theil von 50 Gramm nicht übersteigen darf. Als Übergangsmassregel kann für diejenigen Briefe, welche den See-Transitgebühren von 5 Franken für jedes Kilogramm unterliegen, ein Aufschlagsporto bis zur Höhe von 10 Cent im einfachen Sache erhoben werden; 2) für jeden Gegenstand, der mit Postverbindungen von nicht zum Verein gehörigen Behörden, oder der mit außergewöhnlichen, innerhalb des Vereins bestehenden Verbindungen befördert wird, für welche besondere Kosten aufzuwenden sind, ein zu den ausgewendeten Kosten im Verhältniß stehendes Aufschlagsporto. Bei ungenügender Frankirung werden Correspondenzgegenstände jeder Art zu Lasten der Empfänger mit dem doppelten Betrage des fehlenden Portotheils taxirt. Von der Beförderung sind ausgeschlossen: 1) andere Correspondenz-Gegenstände als Briefe, welche nicht mindestens teilweise frankt sind, oder welche den für die Beförderung gegen ermäßigte Porto erforderlichen vorbezeichneten Bedingungen nicht entsprechen; 2) Gegenstände, welche die Correspondenz zu beschmügen oder zu beschädigen geeignet sind; 3) Waarenproben-Pakete, welche entweder einen Kaufwert haben, oder über 250 Gramm schwer sind, oder welche in ihren Ausdehnungen 20 Centimeter in der Länge, 10 Centimeter in der Breite und 5 Centimeter in der Höhe überschreiten; endlich 5) Sendungen mit Geschäftspapieren oder Drucksachen jeder Art im Gewichte von mehr als 2 Kgr. — Die vorbezeichneten Gegenstände können unter Einschreibung verhindert werden. Für Einschreibsendungen hat der Absender zu entrichten: 1) das gewöhnliche Porto der frankirten Sendungen gleicher Gattung; 2) eine Einschreibgebühr von höchstens 25 Centim in den europäischen Staaten und von höchstens 50 Centim in den anderen Ländern, einschließlich der Ausfertigung eines Einschreibscheines für den Absender. Der Absender einer Einschreibsendung kann, gegen Gebühr von höchstens 25 Cent, einen Rückchein erhalten. Gibt eine Einschreibsendung verloren, so hat der Absender, oder auf dessen Verlangen der Empfänger, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, eine Entschädigung von 50 Francs von derjenigen Verwaltung zu beanspruchen. Die Entschädigung wird sobald als irgend möglich gezahlt, spätestens innerhalb des Zeitraums eines Jahres vom Tage der Nachfrage an. Jeder Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb Jahresfrist, vom Tage der Postenlieferung an, erhoben wird. Diejenigen Vereinsländer, welche den Franken nicht zur Münzeinheit haben, seien die Taxen in ihrer eigenen Währung fest. Für die Nachsendung von Postsendungen innerhalb des Vereinsgebietes wird ein Nachschusporto nicht erhoben. Folgende Gegenstände dürfen mit der Briefpost nicht versandt werden: 1) Briefe oder Pakete, welche Gold- oder Silbersachen, Geldstücke, Juwelen oder kostbare Gegenstände enthalten, 2) irgendwelche Sendungen, die zollpflichtige Gegenstände enthalten.

Am 28. Juni wurde hier ein kaum 13jähriger Bürde verhaftet, welcher seit längerer Zeit in der raffinirtesten Weise Uhrendiebstahl betrieben. Bei dieser Gelegenheit soll sich herausgestellt haben, daß der jugendliche Verbrecher seine Abnehmer in Hermsdorf und Waldenburg zu wohnen hat, welche für Uhren und Ketten im vollen Werthe von 40—50 Mark 3—4 Mark bezahlen.

Beuthen O.S. Am 1. Juli, Abends, hatte, wie die "Grenzg." berichtet, sich unweit des Rechte-Oder-Ufer-Bahnhofes einige Leute angemeldet, in deren Mitte ein Bäuerlein stand, der trostlos lagte, er sei Bormittags mit dem Zuge aus der Gegenrichtung von Oels angelommen. Da er gänzlich fremd sei, habe er sich an einen Herrn mit der Bitte gewendet, ihm Auskunft über die Wohnung eines alten Bekannten zu geben, den er gern einmal nach langer Zeit besuchen wolle. Da kam er nun gleich an den rechten Mann. Bereitwillig nahm sich derselbe des armen Bäuerleins an, sagte ihm, er kenne den Gesuchten ganz genau und er wolle ihn schon zurechweisen. Aber erst muß ein wenig gegessen werden, denn der Weg ist sehr weit, so meint der Biedermann und fährt unsern Bauer nach einem Local, wo er denselben aufzumunterte, tatsächlich zuzulangen, er wolle alles bezahlen und ihm noch nachher alle Merkwürdigkeiten Beuthens zeigen. Ueber so viel Menschenliebe gerührt, ließ sich unser Bauer Alles vortrefflich munzen, war aber von den ungewohnten starken geistigen Genüssen sehr bald festgeschlagen. Als er nach längerer Zeit erwachte, sah er sich allein, selbst seine Geldbörse hatte ihn verlassen. Er taumelte auf die Straße, um seinen Begleiter zu suchen, bis er in der Nähe des Bahnhofes angelangt, nun allen Mut verlor und bitterlich weinte. Die Vorübergehenden fragten nach der Ursache seines Kummers und machten ihm klar, daß er in die Hände eines sogenannten Bauernängers gefallen sei. Mitleidig wurde von allen Seiten zusammengelegt, damit der arme Betogene wieder seine Heimreise antreten könnte.

Die Königsbüttel. Der "Grenzg." wird von hier gemeldet: Der ehemalige Meister B., verheirathet und Vater von sechs Kindern, ging vor einiger Zeit von hier nach Dresden, um dort ein Engagement anzunehmen, was ihm auch gelang. B. stahl nun einem fremden Manne einen Taschein und bekröthet, dort ein junges Mädchen, nachdem er den Geistlichen durch den geklauten Taufchein und das junge Mädchen durch falsche Vorwiegungen getäuscht hatte. Doch die Sache wurde türklich aufgelöst, die Frau wurde mit ihren Kindern nach Dresden zurück und B. mußte vor dem Untersuchungsrichter des dortigen Bezirksgerichts einräumen, daß er bereits verheirathet und Vater von 6 Kindern wäre. B. wurde sofort verhaftet und sieht seiner Strafe entgegen.

Berliner Börse vom 3. Juli 1878.

Fonds- und Gold-Courses.

Deutsche Reichs-Akt. 4	95,90 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 31 _{1/2}	168,60 bz
...solidarische Anleihe. 4	105,10 bz	do. do.	2	187,55 bz
do. do. 1876	95,90 bz	London 1. Lfiz.	3 M. 2 _{1/2}	26,245 bz
Staats-Anleihe	25,20 bz	Paris 100 Frs.	8 T. 31 _{1/2}	83,05 bz
Staats-Schuldscheine	32,30 bz	Petersburg 100 R.	3 M. 6	216,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	142,00 bzG	Warschau 100 R.	5 T. 6	2,210 bz
... Berliner Stadt-Oblig.	102,40 bzB	Wien 100 Fl.	5 T. 4 _{1/2}	174,85 bz
Berliner ...	102,00 bzB	do. do.	2 M. 4 _{1/2}	173,55 bz
Pommersche	83,88 bz			
do.	95,20 bz			
do.	102,56 bz			
do. Lindsch.Ord.	95,40 bzG			
Posenische neuo	86,50 bz			
Schlesische	94,90 bz			
Landschap. Central	95,90 bz			
Kur. u. Neumärk.	96,50 bz			
Pommersche	95,40 G			
Preussische	96,25 bz			
Westf. u. Rhein.	96,30 bz			
Sächsische	102,30 bzG			
Eichsfeld	101,60 G			
Breslau-Freib.	102,00 bz			
Brand.-Pomm. Anl.-Akt.	121,60 bzG			
3. Märk.-Anl.-Pak.	112,10 bzG			
Wien 100 Präm.	72,90 bz			

Eisenbahn-Stamm-Aktionen

Divid. pro	1878	1877 ZL	

</tbl_r

Telegraphische Depeschen.

(Aus Woss's Telegr. Bureau.)

Berlin, 4. Juli. Der Kaiser hat Nachts mit kurzen Unterbrechungen recht gut geschlafen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(G. L. B.) Paris, 3. Juli, Abends. Boulevard-Berleb. 3% Renten 76, 40, Neueste Anl. de 1872 114, 30, Türken 1865 15, 75, Staatsbahn 16%, Neue Egypter —, Banque ottomane —, Italiener 77, 87, Chemins egyptiens —, österr. Goldrente 65, 75, ungar. Goldrente —, Spanier erster —, do. inter. —, neueste Russen de 1877 88, 43, Türkenloste —, Still.

London, 3. Juli, Nachm. 4 Uhr. Consols 95 1/2, Italien 5proc. Rente 75%, Lombarden 6 1/2, 3proc. Lombarden-Prioritäten alle 9%, 3proc. Lombard-Prioritäten neue 9%, 5proc. Russen de 1871 85%, 5proc. Russen de 1872 85, 5proc. Russen de 1873 85%, Silber 52%, Türk. Anleihe de 1865 16%, 5proc. Türken de 1869 17%, 5proc. Amerikaner fundierte 109, Destr. Silberrente —, do. Papierrente 56%, 5proc. ungar. Schahbonds 100%, 5proc. ungar. Schahbonds II. Emis. 99%, 5proc. Peruana 16%, Spanier 14%, Blaibdienst 2% pCt. Aus der Bank London heute 140,000 Pfd. —

Frankfurt a. M., 3. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Schluß-Courier) Londoner Wechsel 20, 34. Pariser Wechsel 81, 05. Wiener Wechsel 174, 50. Böhmisches Weißbahn 155. Silesiabahn 156%. Galizien 220%. Franzosen* 227%. Lombarden* 67%. Nordwestbahn 103%. Silberrente 58%. Papierrente 56%. Goldrente 65%. Ungar. Goldrente 80%. Italiener —. Russ. Bodencredit 75%. Russen 1872 85%. Neue russische Anleihe 85. Amerikaner 1885 99%. 1860er Loos 115%. 1864er Loos 265, 00. Creditactien* 228%. Österr. Nationalbank 739, 50. Darmstadt 122%. Meininger Bank 84%. Hessisch Ludwigsbahn 74%. Ungarische Staatsloste 165, 00. do. Schahzammlungen, alte 101%. do. Schahzammlungen, neue, 98. do. Ostbahn-Obligationen 67%. Central-Pacific 103. Reichsbahn 154%. Deutsche Reichsanleihe 95%. — Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 230%. Franzosen 229%, Lombarden —, Galizier 221%, 1860er Loos —, ungarische Goldrente —, neueste Russen —, österr. Goldrente —, Nationalbank —.

* vor medio resp. per ultimo.

Hamburg, 3. Juli, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburg St.-Pr. A. 115%, Silberrente 58, Goldrente 65%, Credit-Aktionen 227%, 1860er Loos 116, Franzosen 573, Lombarden —, Italien. Rente 76%, Neueste Russen 85%, Vereinsb. 123%, Laurahütte 79%, Commerzbank 103%, Norddeutschland 145, Anglo-deutsche 33%, Intern. Bank 83%, Amerikaner de 1885 97%, Köln-Minden. St.-A. 108. Rhein. Eisenb. do. 111%, Berg-Märk. do. 77, Discorso 3% vCt. — Schluss matt.

Hamburg, 3. Juli, Nachm. [Geleidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per Juli-August 180 Br., 185 Gd., per Septbr.-Oktbr. 193 Br., 192 Gd. Roggen per Juli-August 125 Br., 124 Gd., per September-October 129 Br., 128 Gd. Hafer füll. Gerste füll. Rübsel füll, loco 65%, pr. October 66. Spiritus füll, pr. Juli 40% Br., pr. August-September 41% Br., pr. September-October 42 Br., pr. October-November 41 Br. Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sac. Petroleum matt, Standard white loco 10, 60 Br., 10, 50 Gd., pr. Juli 10, 50 Gd., pr. August-Decbr. 11, 00 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 3. Juli, Vormittags. [Baumwolle.] (Ansaaubericht.) Muthmaschlicher Umsatz 7000 Ballen. Unverändert. Tagessimport 3000 B., davon 2000 B. amerikanische.

Liverpool, 3. Juli, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Pest, 3. Juli, Vorm. 11 Uhr. [Producienmarkt.] Weizen loco —, Termine ruhig, per Herbst 9, 95 Gd., 10, 00 Br. Hafer per Juli 6, 00 Gd., 6, 05 Br. Mais, Banan, per Juli 6, 35 Gd., 6, 40 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 3. Juli, Nachm. [Producienmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per Juli 28, 25, per August 28, 00, per Septbr.-Oktbr. 27, 75, per Septbr.-Oktbr. 27, 75. — Blei fest, pr. Juli 61, 75, per August 61, 75, pr. September-October 61, 50, pr. September-December 61, 50. Rübsel ruhig, per Juli 92, 25, per August 91, 50, per September-December 91, 50, per Januar-April 90, 75. — Spiritus steigend, pr. Juli 58, 75, pr. September-October 60, 00. — Wetter: Bedeckt Himmel.

Paris, 3. Juli, Nachm. Rohzucker ruhig. Nr. 10/13 pr. Juli pr. 100 Kilo. 57, 50, Nr. 5 7/8 pr. Juli per 100 Kilogr. 63, 75. Weisser Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Juli 66, 50, per August 66, 50, per Septbr.-Decbr. 62, 50.

London, 3. Juli, Nachm. Habannazucker 23 1/2—24.

[Schlußbericht.] 3. Juli, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] Antiquitäten, Typen weiß, loco 25% bez., 25% Br., per August 26 bez., 26% Br., per September 27% Br., per September-December 27% Br. — Weichend.

Bremen, 3. Juli, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 60, pr. August 10, 60, per September 10, 75, per October 10, 85, pr. November 11, 00.

* Breslau, 4. Juli, 9% Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markt war im Allgemeinen etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, seine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,40 bis 19,20—20,30 Mark, gelber 16,90—18,30 bis 19,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu notierten Preisen mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. 11,40 bis 12,40 bis 13,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste blieb vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. neue 12,00—13,00 Mark, weisse 14,00—14,70 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,20 bis 12,00—12,70 bis 13,30 Mark.

Mais preishaltend, pr. 100 Kilogr. 11,00—11,70—12,40 Mark.

Ersben unverändert pr. 100 Kilogr. 13,10—14,00—16,50 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10—10,30 bis 11,00 Mark, blaue 8,80—9,80—10,30 Mark.

Widen unverändert, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,50—11,20 Mark.

Delsaaten in fester Haltung.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat. — — — — —

Winterrap. — — — — —

Winterrüben. 27 50 26 — 24 50

Sommerrüben. — — — — —

Leindotter. — — — — —

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 7,20—7,40 Mark, September-October 7,30 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weiss pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochreiner über Notiz.

Thymothoe nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,50—30,00 Mark, Roggen fein 20,25—21,25 Mark, Haubaden 18,75—19,75 Mark.

Roggenguttermehl 9,25—10,00 Mark, Weizentkleie 7,80—8,40 Mark.

Heu 2,00—2,40 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 16,00—18,50 Mark pr. Schod a 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universität-Sternwarte zu Breslau.

Juli 3, 4.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Raumtemperatur	+ 15°1	+ 11°9	+ 9°1
Aufdruck bei 0°	328°40	328°46	329°15
Dunstdruck	4°43	4°22	3°75
Dunstfärbigung	62 pCt.	76 pCt.	85 pCt.
Wind	N. 1.	N.W. 2.	N.W. 2.
Weiter	trübe.	bedeut. Vorh. Reg.	bedeut.
Wärme der Oder		+ 16°5.	

Breslau, 4. Juli. (Wasserstand.) D.-B. 4 M. 26 Cm. U.-B. — M. — Cm.

Bermischtes.

[Gesundheitslehre in der Volksschule.] Eine „Petition des Verein der Aerzte in Niederösterreich an das hohe Unterrichtsministerium bezüglich der Einführung des Unterrichts über Somatologie und Hygiene in Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten“ spricht sich über diese hochwichtige Frage u. A. wie folgt aus: Der Verein der Aerzte Niederösterreichs hält es für eine seiner edelsten, bedeutendsten und würdigsten Aufgaben, das Gesundheitswohl des einzelnen und der Allgemeinheit auf das Thalitätsprinzip zu fördern. Als eines der erfolgreichsten Mittel, ja als eine unabwissbare Bedingung für jede geistige Entwicklung der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege scheint dem Verein die möglichst große Verbreitung, die Verallgemeinerung der hygienischen Kenntnisse in allen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Nach und erfolgreich könnte dieses Ziel erreicht werden durch Einführung eines systematischen Unterrichtes der Somatologie und der Hygiene in der Volksschule sowohl, als auch beim weiteren Unterrichte. Unschätzbare Vortheile würden dem einzelnen, wie auch der Gesamtheit hierdurch erwachsen. Täglich und ständig begeht der Mensch eine Summe positiver und negativer Verfehlungen gegen die Regeln der Gesundheitspflege. Nur selten ist er sich des Fehlens bewußt; meist weiß er nicht, daß er hygienisch gescheit hat. Er weiß es nicht, weil er die Lehren der Gesundheitspflege nicht kennt, und weil er die große Tragweite hygienischer Verfehlungen gar nicht abseht. Jede Maschine verbraucht wir nur fundigen Händen, wissen, daß unzweckmäßige Behandlung, vernachlässigte Pflege, Überlastung derselben, notwendig Schaden bringt, ihre Dauerfähigkeit und Leistungsfähigkeit herabsetzt; soll nicht auch die Lehre von der Pflege und Erhaltung des menschlichen Körpers im Stande des Wohlbefindens, der Vollkraft und der Langlebigkeit von jedem Einzelnen, da er doch seinen eigenen Organismus und in vielfacher Stellung auch für jenen seiner Pflegebedürfnisse zu sorgen hat, genau gelanzt sein? Mangel an hygienischer Kenntniß ist es, der die meisten Menschen die überaus wichtige Wahrheit verleugnen läßt, daß die Wohlfahrt unseres Körpers zunächst von unserem hygienischen Verhalten bedingt ist, das unsere Lebensweise, unsere Gesundheit und damit auch unser Fühlen und Denken, unsere Arbeitskraft, unsere Moral und Lebenslust in der einflußreichsten Weise bestimmt. Aus unserem Schuh geht die Gesamtheit des Volkes hervor. Ihre Schüler und Schülerinnen treten in den Kampf um das Dasein, ausgerüstet mit vielen nützlichen und schönen Kenntnissen, die es ihnen ermöglichen, tüchtige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu werden, und die ihnen Erwerb und geachtete Stellung sichern, aber von der Kunst des langen Lebens, von der Erhaltung der geistigen und körperlichen Leistungsfähigkeit, von der Erleichterung des Volkslebens, was von dem Einzelnen und der Gesamtheit geschehen muß, um Krankheit, Sichtbarum und Tod, so weit es überhaupt möglich ist, fern zu halten, davon haben bis jetzt nur sehr wenige eine klare Vorstellung, und was die Ausnahme sein sollte, ist die Regel. Des hygienischen Verständnisses bar, suchen die meisten die Gründe der Sünden, welche ihr oder ihrer Pfleglinge Körper oder Geist erleidet, in fremden Dingen, verfallen in falsche Theorien, glauben, verbreiten und besetzen zahlreiche gefährliche Irrtümer in Bezug auf Gesundheit und Krankheit, und schaffen so für sich und andere nur neue Schädlichkeiten. Wahlos Unheil und zahlos Selbstverschuldetes geistiges und körperliches Stechium könnte behoben werden, wenn richtige hygienische Kenntnisse von der Mutter auf das Kind, von dem Lehrer auf den Schüler übergehen. Der hygienischen Kenntniß entspricht von selbst ein mächtig sich entwidender Trieb zur Verhinderung der praktischen Gesundheitspflege, zur Verminderung hygienischer Grundsätze. Dadurch, daß die Wohlthaten, welche aus der Erfüllung eines jeden richtigen hygienischen Principes dem einzelnen wie auch der Gesamtheit mehr unmittelbar erwachsen und sich als solche jedem klar vor Augen stellen, wird die hygienische Kenntniß eine unverfehlbare Quelle immer neuer, erfolgreicher, auf wahre Menschenbedürfnisse abzielender Verbesserungen. Sie erweist sich als ein unschätzbar wertvoller Behelf, um die eigene und der Pflegebedürfnissen Christen den zwingenden Saugungen der Natur, den Verhältnissen unserer Cultur-epochen und den sozialen Einrichtungen gemäß anzupassen und sie dadurch glücklich zu gestalten. Humanität sowohl, als das Interess eines einzelnen fordern demnach die hygienische Schulung des heutigen Culturmenschen. Aber auch vom staatlichen Standpunkte erscheint die hygienische Schulung des Volkes vom größten Werth, von der einschneidendsten Bedeutung. Fast jedes Capitel der Hygiene lehrt in zwingender Weise, daß das Wohl des einzelnen mit jenem des andern und des Ganzen im innigsten Ubdängungsverhältnisse steht, daß Förderung des Allgemeinwohles im Interesse aller und jedes Einzelnen liegt, daß es deshalb Bedermanns Pflicht sei, am Gemeinwesen mitzuwirken, sich diesem unterzuordnen und für dasselbe Opfer zu bringen. Die hygienische Schulung ist deshalb ein mächtiger Hebel für das steile Regebleiben des eigenen Pflichtgefühls, für Anregung zur Opferwilligkeit, Humanität, Mitleidhaftigkeit, zur Hebung der Moral, zur natürgemäßen Entwicklung und stetigen Veredlung der Kräfte unseres Körpers und der Gaben unseres Geistes, demnach zur Bedeutung und Lebung all jener Bürgerbegabungen, auf Grund deren das staatliche Gemeinwesen sich mächtig und glücklich gestaltet. Den Beweis zu erbringen, daß es in der That so ist, wird keinem schwer werden, der je in der Lage gewesen ist, für sanitäre Zwecke — im weitesten Sinne des Wortes — um Unterstützung durch Arbeitskräfte oder durch Geldbewilligung zu bitten, oder der gar den Muth hatte, Verdienstleistungen auf bestehende Brabatrichte, und wenn sie nachweislich auch noch so schädlich für einzelne oder für die Gemeinde waren, zu fordern. Für alles, was die Verbaltung des Eigentums betrifft, ist Vorsorge getroffen, und treffliche Einrichtungen aller Art mit lobenswerthen Tendenzen schützen den Besitz, die Gesundheit aber, das höchste Gut des Menschen, ist nicht selten Tag für Tag schullos den verderblichen Einflüssen ausgesetzt. Es ist ein Armutsszeugnis, was damit unserer Zeit, die sich so gern des Fortschrittes auf allen Gebieten rühmt, aussprochen wird; aber was hilft es, die Sachlage verschleieren zu wollen? es ist so, und wird leider so bleiben, wenn nicht die Jugend schon, in anderer Weise als es bisher geschehen ist, über ihre Pflichten gegen sich selbst und gegen ihre Mitmenschen belehrt wird, wenn nicht die Schule, die Trägerin der Erziehung und Bildung und damit des wahren Fortschrittes, den Anfang mit der diesbezüglichen Unterweisung macht und die feste Grundlage zu den später erforderlichen weiteren und eigenen Arbeiten giebt. Indem der ehrbarst fertigte Verein die angeführten Anschauungen von dem unschätzbar großen Nutzen der allgemeinen Verbreitung hygienischer Kenntnisse begt und die Einführung eines systematischen Unterrichtes der Hygiene in den oberen Klassen der Volksschule als das erfolgversprechendste und überhaupt beste Mittel hierzu ansieht, hält er es für ganz besonders wichtig, daß vorerst die Lehrer an den Volksschulen gediegene Kenntnisse der Somatologie und Gesundheitslehre und ein richtiges Verständnis in hygienischen Dingen besitzen, denn es ist selbstverständlich, daß die Lehrer keinen Unterricht über Hygiene in den Schulen ertheilen können, wenn sie selbst davon nichts wissen.

[Die Möglichkeit, den „Großen Kurfürst“ im Canal zu heben.] ist nicht ganz ausgeschlossen, aber die Aussichten sind gering. Eine zahlreiche Menge von Projekten liegt dazu vor, aber noch keines verspricht annähernd einen Erfolg. Das Gewicht des Schiffes ist ein so enormes, daß die Hebung desselben bei den ungünstigen Wetter- und Stromverhältnissen im Canal eine wahre Riesenarbeit ist. Das ausgerissene Schiff wiegt im Ganzen 6700 Tonnen = 6,700,000 Kilo.; das Hebegewicht im Wasser wird allerdings durch einzelne im Innern befindliche Einrichtungen etwas verkleinert. Zur Hebung selbst würden für die Länge des Schiffslängers von 94 Meter eine große Anzahl gleicher und zugleich wirkender Hebevorrichtungen notwendig sein, welche bei gemeinsamem Wirken mindestens das obengenannte Gewicht tragen müssten. Hierzu müßte nach einem ganz besonders reislich überlegten Plan vorgenommen werden, bevor an Beschaffung solcher mechanischen Hilfsmittel überhaupt begonnen werden kann. Zunächst ist es aber erforderlich, über die Art der Befestigung am Schiffslängen ins Klare zu kommen. Bis jetzt ist die Lage noch nicht einmal zweifellos constatirt. Stände das Schiff mit dem Kiel auf dem Grunde, so ließen sich eine große Anzahl (vielleicht 100) von Ketten und Stahlketten unter dem Kiel anbringen und oben auf der Meeresfläche mit großen Schiffen verbinden, an denen die Ketten bei niedrigem Wasser steif geholt werden und welche bei steigendem Wasser den Schiffslängen mitheben. Dies ist nicht der Fall. Vielmehr liegt, soweit bekannt, das Schiff auf der Seite, sogar mit dem Kiel nach oben gerichtet und müßte erst aufgeklippt werden, um regelrecht gehoben werden zu können, andernfalls würde es sich beim Heben selbst aufzurichten suchen und dabei jedenfalls die Ketten sprengen. In der Tiefe von pptr. 100 Fuß jedoch das Schiff auf dem Kiel zu bringen, ist eine zweite Riesenarbeit. Die Aussichten zum Heben verlieren daher an Wahrscheinlichkeit. Es sei noch erwähnt, daß es in England nicht gelungen ist, den „Vanguard“ in ca. derselben Tiefe und aufrecht stehend auch nur annähernd von der Stelle zu bewegen.

[Wie bekämpft die Stadt Newy